

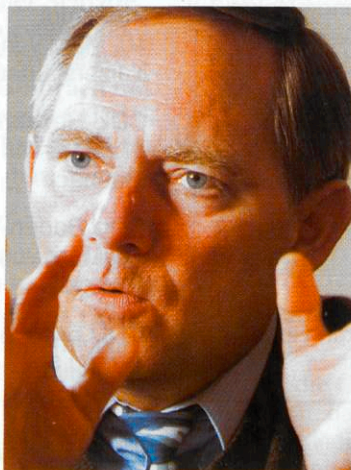
Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen

Liebe Freunde,

die Ereignisse der letzten Wochen, die bekannt gewordenen Verstöße gegen das Parteiengesetz zeigen nachhaltig: Nichts ist mehr so, wie es einmal war. Aber auch noch etwas hat sich gezeigt: Wir brauchen keine Ratschläge von außen. Wir haben vom ersten Tag an unter Beweis gestellt, dass wir die Krise aus eigener Kraft bewältigen wollen und können.

**Einladung zu den
Regionalkonferenzen
unter dem Motto:
„Verantwortung,
Veränderung, Vertrauen.“**

Mittlerweile ist die Talsohle erreicht, nun müssen wir die Konsequenzen aus den gewonnenen Erkenntnissen ziehen. Wir brauchen strukturelle Veränderungen in unserer Finanzordnung. Wir müssen die innerpar-



HEUTE AKTUELL

- **Parteiengesetz**
Beschluss des Präsidiums der CDU vom 4. Februar. Seite 3
- **Parteispenden**
Ergebnis der Gespräche vom 2. und 3. Februar, zusammengefasst von Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann. Seite 5-8
- **Erneuerung**
Prof. Peter Lösche: Die CDU muss mit ihren Pfunden wuchern. Seite 9
- **Beschäftigung**
Angela Merkel: Allein die demographische Entwicklung bremst eine weitere Verschlimmerung. Seite 4 (siehe auch Seite 11/12)
- **Transrapid**
Rot-Grün gefährdet Technologie-Standort Deutschland. Seite 14
- **Atomenergie**
Wolfgang Schäuble: Deutschland würde auch sehr schnell die Fähigkeit zur technologischen Hilfe verlieren. Seite 13
- **UiD Extra**
Deregulierung des Ladenschlusses: Mehr Freiheit für Handel und Verbraucher. Innenteil

Fortsetzung auf Seite 2

Bewährungsprobe nutzen – Vertrauen gewinnen

Zu diesem Thema spricht der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble auf der Regionalkonferenz der Landesverbände der CDU in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Termin: Freitag, den 18. Februar

Uhrzeit: 17 bis 21 Uhr

Ort: Die Große Halle der Lindenhalle in Wolfenbüttel.

Zur Begrüßung spricht Generalsekretärin Angela Merkel. Die Diskussion leitet der niedersächsische Landesvorsitzende Christian Wulff. Schlusswort und Zusammenfassung: Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen.

Die weiteren Termine:

- CDU Bremen:
29. Februar von 17 bis 20 Uhr in Bremen.
- CDU Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen:
4. März von 11 bis 14 Uhr in Berlin.
- CDU Rheinland-Pfalz und Saarland:
10. März von 17 bis 21 Uhr in Kaiserslautern.
- CDU Hessen und Thüringen:
11. März von 11 bis 14 Uhr in Eisenach.
- CDU Baden-Württemberg:
18. März von 11 bis 14 Uhr in Stuttgart.
- CDU Schleswig-Holstein:
Termin steht noch nicht fest.
- CDU Nordrhein-Westfalen:
28. Februar um 19 Uhr in Recklinghausen.

Fortsetzung von Seite 1

teiliche Diskussion von unten nach oben und oben nach unten offener und lebendiger gestalten. Wir müssen die inhaltliche Erneuerung, die wir mit den Erfurter Leitsätzen im April 1999 begonnen haben, konsequent fortsetzen.

Der Kurs ist klar

Nur durch die Übernahme von Verantwortung für die Vorgänge und durch die Kraft zur Veränderung und Erneuerung wird es gelingen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Ich lade Sie deshalb im Vorfeld unseres Essener Bundespartei-

tages herzlich ein, mit uns auf Regionalkonferenzen mit dem Motto „Verantwortung, Veränderung, Vertrauen“ hierüber zu diskutieren. Denn unser Land braucht eine starke CDU. Lassen Sie uns dazu die richtigen Schritte gehen.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Schäuble

Für die CDU ist klar: Es gibt keine Alternative zur vollständigen Aufklärung der bekannt gewordenen Verstöße gegen Bestimmungen des Parteiengesetzes.

Beschluss des Präsidiums der CDU vom 4. Februar in Bonn

Nach Androhung rechtlicher Schritte durch den CDU-Bundesvorstand am 24. Januar fand sich Herr Weyrauch am 2. Februar zu einem Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands, den Wirtschaftsprüfern von Ernst & Young sowie den Anwälten der Beteiligten bereit.

Auf seinen Wunsch nahm auch der frühere Generalbevollmächtigte der Bundesschatzmeisterei, Dr. Uwe Lüthje, an dem Gespräch teil. Im Gegensatz zur Befragung mittels Fragebogen und zu der mündlichen Befragung der Herren Weyrauch und Dr. Lüthje durch die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young und den Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands am 14. Dezember 1999 machten die Herren Weyrauch und Dr. Lüthje in dem Gespräch am 2. Februar umfassende Angaben zu ihrer Kenntnis und Sicht der Dinge.

Im Anschluss daran wurden die Anwälte der Herren Hans Terlinden, Walther Leisler Kiep und Dr. Helmut Kohl über das Gespräch informiert, da die Interessen der genannten Personen durch die Aussagen der Herren Dr. Lüthje und Weyrauch berührt waren. Daraufhin fanden am 3. Februar in Bonn jeweils getrennte Gespräche der Herren Terlinden, Kiep und Dr. Kohl mit den Wirtschaftsprüfern von

Ernst & Young, dem Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands und den jeweiligen Rechtsbeiständen statt.

Die Ergebnisse der Gespräche am 2. und 3. Februar 2000: Seite 5

Vor dem Hintergrund dieses Sachstandes fasst das Präsidium der CDU Deutschlands folgenden Beschluss:

- 1.** Für die CDU Deutschlands ist und bleibt klar, dass es keine Alternative zu einer vollständigen Aufklärung der bekannt gewordenen Verstöße gegen Bestimmungen des Parteiengesetzes gibt.
- 2.** Die CDU Deutschlands hat aus eigener Kraft beteiligte Personen bewegen können, ihre Kenntnisse bzw. Sicht der Dinge zu den Vorkommnissen zu schildern. Weitere Untersuchungen müssen die Staatsanwaltschaften leisten.
- 3.** Es ist bedauerlich, dass sich insbesondere Dr. Helmut Kohl bis zum heutigen Tage nicht in der Lage sieht, einen weitergehenden Beitrag zur Sachverhaltsaufklärung zu leisten.

4. Das Protokoll des Gespräches mit den Herren Weyrauch und Dr. Lüthje am 2. Februar 2000 wurde bereits heute der Staatsanwaltschaft Bonn auf deren Ersuchen übergeben. Als Anlage wurde eine eidesstattliche Erklärung von Herrn Dr. Lüthje beigelegt. Alle weiteren uns noch gegebenen Informationen bzw. Unterlagen werden wir auch in Zukunft umgehend den Staatsanwaltschaften bzw. dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Verfügung stellen. Wir haben die Vertreter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young für eine Aussageerlaubnis vor der Staatsanwaltschaft Bonn von ihrer Schweigepflicht entbunden. Ebenso haben wir Herrn Weyrauch von seiner Schweigepflicht für eine Aussageerlaubnis vor der Staatsanwaltschaft entbunden. Analog wird bei einem entsprechenden Antrag des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages und anderer Staatsanwaltschaften verfahren.

5. Die Wirtschaftsprüfer der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young sind von uns bevollmächtigt worden, bei der UBS

in der Schweiz die Sachverhalte im Zusammenhang mit der Stiftung „Norfolk“ aufzuklären. Dies ist möglich, weil uns die Herren Weyrauch und Dr. Lüthje die Auskunftsrechte an der Stiftung übertragen haben.

6. Wir haben volles Vertrauen in die Arbeit der Staatsanwaltschaften und sind überzeugt, dass es auf diesem Wege gelingen wird, noch bestehende Widersprüche aufzulösen, Lücken zu schließen und ungeklärte Fragen zu beantworten. Wir wissen, dass nur auf einem wahren Fundament Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückgewonnen werden kann. Diesem Auftrag fühlen wir uns verpflichtet. Wir weisen darauf hin, dass für die Verletzungen des Parteiengesetzes Einzelne verantwortlich sind.

Der Bundesparteitag im April 2000 wird Beschlüsse fassen und Konsequenzen ziehen aufgrund der Vorschläge der Kommission mit Bundespräsident a. D. Roman Herzog, Bundesverfassungsrichter a. D. Paul Kirchhoff und Bundesbankpräsident a. D. Hans Tietmeyer, um Vorgänge der Vergangenheit für die Zukunft auszuschließen. ■

Allein die demographische Entwicklung bremst eine weitere Verschlimmerung

Zu den am 8. Februar von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommt die Regierung Schröder nach wie vor nicht voran. Allein die demographische Entwicklung bremst eine weitere Verschlimmerung der Arbeitsmarktstatistik. Doch vom vollmundig angekündigten Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt ist nichts zu sehen. Für die arbeitslosen Menschen in Deutschland, vor allem in den neuen

Bundesländern, ist dies eine einzigartige Enttäuschung.

Rot-Grün hat von Beginn an die Weichen falsch gestellt. Statt einer durchgreifenden Steuerreform und nachhaltigen Strukturereformen kassieren Schröder & Co. jetzt mit der Öko-Steuer ab und moderieren substanzlose Gesprächsrunden zum Bündnis für Arbeit. Was Deutschland jetzt braucht, ist eine Politik, die nicht nur alles verspricht, sondern die Prioritäten klar benennt und für einen wirklichen Durchbruch bei Wachstum und Beschäftigung sorgt.

Ergebnis der Gespräche vom 2. und 3. Februar

zusammengefasst von Bundesgeschäftsführer
Willi Hausmann

Die Gespräche, die am 2. Februar mit den Herren Dr. Lüthje und Weyrauch sowie am 3. Februar mit den Herren Dr. Kohl, Kiep und Terlingen geführt wurden, haben folgende Aussagen ergeben:

NACH ANGABE von Herrn Dr. Lüthje und Herrn Weyrauch haben Auslandskonten für die CDU oder im Interesse der CDU bei ihrer Amtsübernahme (1971) vorgelegen, die noch aus der Zeit von Herrn Schmücker stammten. Über diese Konten seien Gelder der staatsbürgerlichen Vereinigung bis 1974 abgewickelt worden. Es habe solche Konten nur in der Schweiz gegeben, nicht in Liechtenstein. Über ein 1974 neu eingerichtetes Konto in der Schweiz seien dann weiterhin Gelder der staatsbürgerlichen Vereinigung abgewickelt worden. Das Herrschaftswissen habe bei Herrn Dr. Lüthje, Herrn Weyrauch und dem damaligen Bundesschatzmeister Herrn Kiep gelegen.

DAS KONTO sei auf Herrn Dr. Lüthje und Herrn Kiep mit der anonymen Bezeichnung „Hamburg“ für Herrn Kiep und „Bremen“ für Herrn Dr. Lüthje eingerichtet worden. Die Überweisungen von diesem Konto seien jeweils von Herrn Kiep und Herrn Dr. Lüthje unterschrieben worden, wobei die Unterschrift von Herrn Kiep jeweils mit den vollen Vornamen Walther Leisler versehen gewesen sei (als Nachweis, dass es sich hierbei nicht um eine maschinell erstellte Unterschrift gehandelt habe). Diese Gelder seien dann über

eine Bank in Basel an die Bank Hauck in Luxemburg weitergeleitet worden, das Geld habe dann bei der Bank Hauck in Frankfurt abgehoben werden können.

Herr Kiep hat diesen Vorgang insgesamt bestritten. Er habe weder von dem Konto in der Schweiz, noch von anderen Auslandskonten der CDU jemals Kenntnis gehabt. Er hat nur bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit der SV 1979 beendet worden sei.

NACH ANGABEN von Herrn Weyrauch und Herrn Dr. Lüthje habe Herr Weyrauch zur Zeit der Abwicklung der SV-Gelder (bis Ende 1979) jährliche Bilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnung über alle Transaktionen erteilt.

ALS ENDE 1991 sich abzeichnete, dass Herr Kiep nicht mehr als Schatzmeister fungieren würde, sei vereinbart worden, die Unterlagen aus dem Safe zu vernichten. Diese Unterlagen seien dann im November 1991 gesichtet und bis zum Frühjahr 1992 vernichtet worden. Aufgrund der Überwachung dieser Aktion hätten mehrere Reisen von Herrn Weyrauch nach Zürich stattgefunden. Herrn Kiep hat angegeben, ihm sei der ganze Vorgang unbekannt.

Herr Dr. Kohl, der von dem Safe gewusst, allerdings geglaubt habe, in ihm würden Unterlagen über die Verwendung der BND-Gelder aufbewahrt, und gegen die Anlegung dieser Unterlagen gewesen sei, habe nach Angaben von Herrn Dr. Lüthje diesem Anfang der 80er Jahre – Anlass war der Fall „Scholl“ – geraten, dafür Sor-

ge zu tragen, dass der Safe unter einem neutralen Namen geführt werde. Das sei Anlass zur Gründung der liechtensteinischen Stiftung Norfolk gewesen. Beiräte seien Herr Dr. Lüthje und Herr Weyrauch gewesen. Für diese Stiftung sei ein neues Konto eingerichtet worden, auf welches der Restsaldo des alten Kontos übertragen worden sei. Dieses Konto sei zunächst als „ruhendes Konto“ geführt worden.

ENDE DER 80ER JAHRE sei das Konto dann reaktiviert worden. Herr Dr. Lüthje erklärte, dass er Gelder von Herrn Kiep in Zürich erhalten habe. Laut seiner Auskunft habe Herr Kiep ihm mitgeteilt, dass es sich um Zuwendungen der Firma Siemens in München handele. Hierzu liegt eine eidesstattliche Versicherung von Herrn Dr. Lüthje vor.

IN EINEM FALL habe er bei einem Treffen, an dessen Datum er sich nicht erinnere, das aber Ende der 80er Jahre, Anfang der 90er Jahre in Zürich stattgefunden habe, von Herrn Seelig, damals Vorstandsmitglied der Siemens AG eine Million DM für die CDU erhalten. Nach seiner Erinnerung habe die Gesamtsumme der übergebenen bzw. der von Herrn Kiep übernommenen Gelder fünf oder sechs Millionen DM betragen. Diese Gelder seien entweder auf das Konto in Zürich eingezahlt oder aber bar nach Deutschland verbracht und Herrn Weyrauch auf ein CDU-Treuhänder-Konto übergeben worden. Das auf das Konto in Zürich eingezahlte Geld sei nach Bedarf in bar nach Deutschland transferiert worden.

Herr Kiep hat diese Darstellung von Herrn Dr. Lüthje ganz entschieden bestritten. Er habe niemals Barzahlungen von Siemens in der Schweiz erhalten. Die Angaben von Herrn Dr. Lüthje seien absolut falsch. Die Firma Siemens ist durch Herrn Dr. Schäuble über die Erklärung von Herrn Dr. Lüthje unmittelbar unterrichtet worden. Sie hat ihren Angaben nach intensive Nachfor-

schungen zur Klärung des Sachverhaltes angestellt, bis heute jedoch keinerlei Anhaltspunkte für derartige Zahlungen. Herr Seelig habe gegenüber dem Vorstand erklärt, dass er keine Zahlungen an Herrn Dr. Lüthje in der Schweiz geleistet habe.

BEI DER AUFLÖSUNG des Kontos im Juni 1992 habe sich nach Erklärung der Herren Dr. Lüthje und Weyrauch ein Restguthaben von rd. 1,5 Millionen Schweizer Franken auf diesem Konto befunden. Nach Absprache mit Herrn Kiep sei dieses Geld als Sondervergütung für die Auslandstätigkeiten und die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Flick-Spenden-Skandal gleichmäßig auf die Herren Kiep, Weyrauch und Dr. Lüthje verteilt worden. Die Entscheidung habe Herr Kiep getroffen. Herr Dr. Lüthje sei der Meinung gewesen, dass Herr Kiep dazu befugt gewesen sei. Die Entscheidung habe Herr Kiep in einem Gespräch am 30. oder 31. März 1992 getroffen.

DIE ENTSCHEIDUNG zur Vergütung für außerordentliche Leistungen und Dienste der Herren Weyrauch und Dr. Lüthje solle gleichermaßen den oben genannten Restsaldo als auch die eine Million DM des Herrn Schreiber umfasst haben. Herr Kiep bestreitet entschieden, von dem Konto in der Schweiz Kenntnis gehabt zu haben. Er habe auch kein Geld von diesem Konto erhalten. Bestätigt hat er allerdings, eine Entscheidung über die Verwendung der 1 Million DM von Herrn Schreiber getroffen zu haben.

BEZÜGLICH DER ABWICKLUNG der Abfindungen für Walther Leisler Kiep, Dr. Lüthje und Weyrauch aus dem Schweizer Konto sei Herr Dr. Lüthje davon ausgegangen, dass Herr Kiep Herrn Dr. Kohl unterrichtet habe. Da dies nicht der Fall gewesen sei, habe er im nachhinein selbst Herrn Dr. Kohl hiervon im Grundsatz informiert. Herr Dr. Kohl habe zugestimmt.

Einzelheiten habe er Herrn Dr. Kohl nicht genannt. Herr Dr. Kohl hat eine solche Information nicht bestätigt.

ANGABEGEMÄSS hat Herr Weyrauch keine Unterlagen mehr zum Konto Norfolk. Herr Weyrauch und Herr Dr. Lüthje haben ihre Rechte in bezug auf die Stiftung im Anschluss an das Gespräch an die CDU-Bundesgeschäftsstelle übertragen. Frau Dr. Merkel hat daraufhin die Firma Ernst & Young bevollmächtigt, sämtliche Kontenunterlagen der Stiftung Norfolk bei der UBS-Bank in Zürich anzufordern. Die Bank hat bereits telefonisch bestätigt, dass ein Konto für die Norfolk Foundation nebst vier Unterkonten bis Ende 1992 geführt wurde. Die Unterlagen werden derzeit im Archiv der Bank zusammengestellt.

DIE REISEN von Herrn Weyrauch in die Schweiz hingen nach seinen Angaben mit der Betreuung des Norfolk-Kontos und des Archivs im Safe einer Schweizer Bank zusammen. Gelegentlich habe es auch Reisen nach Zürich im Zusammenhang mit der Abwicklung der sogenannten AA-Gelder (Auswärtiges Amt) zur Finanzierung ausländischer Schwesterparteien gegeben.

ZU DEN BND-GELDERN und Geldern vom Auswärtigen Amt erklärte Herr Dr. Lüthje, dass die Darstellung in der Süddeutschen Zeitung korrekt sei. Empfänger für die anteiligen Gelder der CDU und CSU sei bis 1978 Herr Kiep gewesen.

AB 1978 seien die Anteile für die CSU direkt an diese ausgezahlt worden. Für die Bundes-CDU sei ein Konto bei der Bank Hauck in Luxemburg eingerichtet worden. Die Gelder seien bis 1982 geflossen und seien nach dem Amtsantritt von Helmut Kohl gestoppt worden. Die Gelder aus dem Auswärtigen Amt seien weiterhin gezahlt worden. Die Gelder seien über das Büro für Auswärtige Beziehungen gekommen und von Dr. Henning Wegener oder Dr. Peter Hartmann direkt an Herrn Dr. Lüthje weitergegeben worden. Die Ver-

wendung der BND-Gelder sei nicht geprüft worden. Die Mittel aus dem Auswärtigen Amt seien nach 1982 projektbezogen weiterbezahlt worden. Der genaue Etattitel sei Herrn Dr. Lüthje nicht bekannt gewesen. Die Verwendung der Mittel des Auswärtigen Amtes sei vom Präsidenten des Rechnungshofes geprüft worden.

WEISUNGSBERECHTIGT für die Verwendung der Gelder seien Herr Dr. Kohl, Herr Dr. Hartmann und Herr Dr. Wegener gewesen. Herr Dr. Lüthje sei nicht weisungsberechtigt für dieses Konto gewesen.

Herr Dr. Lüthje und Herr Weyrauch versichern, dass aus diesen Mitteln keine Gelder an die Partei zurückgeflossen seien.

DIESE KONTEN seien dann im Rahmen der „Flurbereinigung“ Ende 1992 aufgelöst worden. Ob es danach noch Zahlungen gegeben habe, wurde von beiden verneint.

Zu den ungeklärten Mittelzuflüssen der Jahre 1989 bis 1992 erklärte Herr Dr. Lüthje:

Von ihm seien in diesem Zeitraum keine Spenden akquiriert worden, die Anderkonten zugeführt wurden. Auf die Anderkonten (Treuhandkonten) – nicht zu verwechseln mit dem Konto der Stiftung Norfolk – seien auch Gelder geflossen, die Herrn Dr. Lüthje vom Bundesschatzmeister bzw. vom Parteivorsitzenden übergeben worden seien. Über die Herkunft der von Herrn Dr. Kohl übergebenen Mittel ist Herr Dr. Lüthje nach seinen Angaben nichts bekannt.

ZU DER SUMME der Mittel unbekannter Herkunft von rd. 10 Millionen DM für die Jahre 1989 bis 1992 konnte Herr Dr. Lüthje keine genauen Angaben machen. Neben den genannten fünf oder sechs Millionen DM konnte er sich nur daran erinnern, zwei bis drei Millionen DM von Herrn Dr. Kohl insgesamt erhalten zu haben. Herr Dr. Kohl hat dazu erklärt, dass er

die von Herrn Dr. Lüthje angegebene Gesamtsumme für zu hoch halte. Diese Summe sei seiner Erinnerung nach deutlich geringer gewesen. Er legte auch Wert auf die Feststellung, dass es sich bei den an Herrn Dr. Lüthje übergebenen Barbeträgen um kleine Spenden gehandelt habe und nicht wie in den Jahren 1993 ff um Großspenden, bei denen er den Namen der Spender nicht nennen werde.

Herr Dr. Hausmann hat Herrn Dr. Kohl gefragt, aus welchen Quellen die ungeklärten Mittel für die Jahre 1989 bis 1992 noch stammen könnten. Herr Dr. Kohl hat auf die Fraktion verwiesen. Herr Dr. Hausmann hat darauf hingewiesen, dass dies die Lücke nicht vollständig schließen könne. Nach Angaben der Fraktion sind 1990 nur TDM 600 aus Beiträgen der Abgeordneten an die Partei übertragen worden. Die weiteren Mittel unbekannter Herkunft müssten eine andere Quelle gehabt haben. Herr Dr. Kohl hat auf die Möglichkeit verwiesen, der damalige Schatzmeister, Herr Kiep, könne weitere Spenden akquiriert haben. Herr Kiep bestreitet dies.

BEI DER AMTSÜBERGABE an Frau Baumeister sei diese nach Angabe von Herrn Dr. Lüthje über früher im Ausland befindliche Konten und das System der Treuhand-Anderkonten nicht unterrichtet worden.

Herr Weyrauch erklärte, dass er ab 1993 Mittel von Herrn Terlinden übernommen habe, ohne die Herkunft der Gelder zu kennen. In einem Fall konnte Herr Weyrauch sich daran erinnern, dass Herr Terlinden angegeben habe, dass nach Terlindens Vermutung das Geld von „Kirch“ komme.

Herr Terlinden hat dazu erklärt, dass er sich nicht erinnern könne, eine solche Vermutung gegenüber Herrn Weyrauch geäußert zu haben. Jedenfalls habe Herr Dr. Kohl ihm nie einen Spendernamen genannt. Herr Dr. Kohl hat auf erneute Nachfrage die Spender nicht genannt.

IN BEZUG AUF die fehlenden Unterlagen für die Jahre 1994 bis 1996 verwies Herr Weyrauch auf Nachfrage auf seine bisherigen Aussagen, dass diese Unterlagen aufgrund von Personalwechsel bzw. Umzügen innerhalb des Hauses abhandeln gekommen seien. Weitere Unterlagen lägen nicht mehr vor, zumal auch die Staatsanwaltschaften weitere Durchsuchungen und Beschlagnahmungen durchgeführt hatten.

DIE ABWICKLUNG der TDM 100, die an Herrn Dr. Schäuble gezahlt wurde, sei nach Angaben von Herrn Weyrauch wie folgt: Er habe TDM 100 von Herrn Schornack in bar erhalten. Dieses Bargeld habe er an Herrn Kiep weitergegeben. Dieser habe das Geld in seine Jackentasche gesteckt. Dieses Geld sei dann über ein Privatkonto von Herrn Kiep in die sonstigen Einnahmen der Bundesgeschäftsstelle geflossen. Herr Weyrauch wird diesen Vorgang gesondert eidesstattlich versichern.

Herr Kiep hat ausdrücklich erklärt, dass er keinen Barbetrag in Höhe von DM 100.000 erhalten habe.

ABSCHLIESSEND hat Herr Weyrauch erklärt: Es habe keine finanziellen Verflechtungen zwischen der CDU in Hessen und der Bundesgeschäftsstelle gegeben. Insbesondere seien keine Mittel aus den jetzt aufgetauchten Bankkonten an die Bundespartei geflossen.

NACH DEM JAHR 1992 habe es keine Konten mehr für die Bundes-CDU im Ausland gegeben. Im übrigen hat Herr Weyrauch versichert, dass zu den Inlandskonten alle Unterlagen der Weyrauch und Kapp GmbH vorlägen.

WEITERE KONTEN bei anderen Banken und sonstige Vermögen, die der CDU direkt oder indirekt z.B. über Stiftungen zuzurechnen sind, existierten seinen Angaben nach für die Zeit nach 1993 nicht. ■

Die CDU muss mit ihren Pfunden wuchern

Es könnte sich ergeben, erklärte Prof. Peter Lösche, Politikwissenschaftler an der Universität Göttingen, in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, dass sich die Chancen der CDU auf Rückkehr zur Macht sehr schnell verbessern. Voraussetzung: Erneuerung der Partei. Peter Lösche: „Alles kann sich schnell wieder ändern.“

Frage: Das klingt relativ optimistisch. Eigentlich könnte das ein Aufruf sein, sich nicht der Politikverdrossenheit anheim zu geben, sondern sich als junger, politikinteressierter Mensch in der CDU zu engagieren, um eine Partei von unten neu aufzurollen.

Prof. Peter Lösche: So könnte man es verstehen. Die CDU wird bis heu-

te darin unterschätzt, dass sie in den Kreisverbänden, in den Ortsverbänden eine lebendige Partei war und durchaus noch ist. Da ist ein Mitgliederpotential von 650.000 Menschen. Von denen sind zehn bis fünfzehn Prozent aktiv. Diese 65.000 bis 90.000 sind ein Pfund, mit die CDU wuchern muss.

Frage: Ist das Wahlwerbung für die CDU? Dürfen wir das überhaupt drucken?

Prof. Peter Lösche: Die SPD ist doch viel verkalkter. Was es da für Abschottungstendenzen gibt als Patronagemaschine für den öffentlichen Dienst! Da ist die CDU, so absurd das auch im Moment klingt, viel lebendiger.

EURO-Schwäche erfordert überzeugende Wachstumspolitik

Zur Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gunnar Uldall:

Die Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB) kann nicht überraschen. Angesichts der steigenden Rohölpreise und einer durch den schwachen EURO drohenden importierten Inflation war die EZB zum Handeln gezwungen.

Hauptgrund der EURO-Schwäche ist aber das mangelnde Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der EU-Länder. Gerade Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land muss endlich seiner Verantwor-

tung gerecht werden und zu einer überzeugenden Wachstumspolitik finden.

DER EURO ist am 8. Februar nach der Veröffentlichung der deutschen Arbeitslosenzahlen zwischenzeitlich wieder unter die Marke von 0,98 Dollar gefallen. Die Gemeinschaftswährung rutschte bis in die Gegend von 0,9785 Dollar, erholte sich später jedoch wieder leicht. Händler begründeten den Rückgang mit Marktspekulationen, die vor der Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen einen Rückgang um saisonbereinigt bis zu 70.000 prognostiziert hatten.

Immer mehr Zeitarbeiter in Deutschland

Die Zahl der Zeitarbeiter in Deutschland hat sich von 1992 bis 1999 auf mehr als 286.000 verdoppelt. Damit ist ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von rund 0,5 Prozent auf gut ein Prozent gestiegen, wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln mitteilte.

Die Zeitarbeit habe sich für viele Arbeitslose als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt erwiesen. „Mehr als 60 Prozent aller neuen Zeitarbeiter seit 1992 waren unmittelbar zuvor entweder beschäftigungslos oder hatten sogar noch nie einen Arbeitsplatz“, teilte das Institut mit.

Hochgerechnet auf die fast 500.000 Zeitarbeitsverträge, die allein zwischen Mitte 1998 und Mitte 1999 neu abgeschlossen worden seien, dürften dem Institut der deutschen Wirtschaft zufolge damit rund 300.000 Erwerbslose eine Beschäftigung gefunden haben. Zudem erfülle die Zeitarbeit immer mehr eine Funktion als „Anstellung auf Probe“. Verschiedene Umfragen

hätten gezeigt, dass viele Unternehmen das Arbeitsverhältnis auf Zeit nutzen, um potenzielle Mitarbeiter erst einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. „In rund 30 Prozent der Fälle dürfte sich daraus eine dauerhafte Anstellung ergeben haben“, hieß es.

Gemessen an den internationalen Quoten – die allerdings anders berechnet würden – spiele die Zeitarbeit in der Bundesrepublik dennoch eine nach wie vor kleine Rolle. So meldeten zum Beispiel die Niederländer einen fast sieben Mal so hohen Zeitarbeiteranteil wie die Deutschen. Die Briten kommen den Wirtschaftsexperten zufolge auf gut fünf Mal so hohe Werte. „Selbst wenn Deutschland nur auf die französische und amerikanische Zeitarbeitsquote von gut zwei Prozent kommen würde, könnte hier zu Lande zusätzlich etwa eine halbe Million Menschen zumindest vorübergehend eine Beschäftigung finden“, stellten die Ökonomen fest. Dazu müssten allerdings auch die gesetzlichen Auflagen für die Arbeitnehmerüberlassung gelockert werden.

Österreich fair behandeln

Zur Regierungsbildung in Österreich erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Die neue Regierung in Österreich unter Leitung von Bundeskanzler Wolfgang Schäussel hat Anspruch auf eine faire Partnerschaft in der Europäischen Union. Die schrillen Töne aus Lissabon, Brüssel und Berlin sind gegenüber einem engagierten Europäer wie Wolfgang Schäussel und seiner über jeden Zweifel

erhabenen ÖVP hochgradig ungerecht. Österreich kann gegenüber Südosteuropa wie im Prozess der Osterweiterung der EU eine positive Schlüsselrolle spielen. Die EU beraubt sich eigener Chancen, wenn sie sich selbst zum Zuchtmeister Österreichs aufspielt.

Für die absolut anhaltlose Androhung von Sanktionen sollten sich die portugiesische Ratspräsidentschaft und die deutsche Bundesregierung entschuldigen.

Von Aufschwung nichts zu spüren

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die miserable Bilanz auf dem Arbeitsmarkt der rot-grünen Bundesregierung setzt sich auch im Jahr 2000 fort. Von dem seit Monaten vollmundig angekündigten Aufschwung ist nach wie vor nichts zu spüren. Der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit zeigt vielmehr, dass es der rotgrünen Bundesregierung bislang nicht gelungen ist, aus der Sackgasse in der Arbeitsmarktpolitik herauszukommen.

Die Fakten sind ernüchternd:

Die Zahl der Erwerbstätigen ist um knapp 130.000 zurückgegangen. Das entspricht in etwa dem Rückgang des letzten Jahres. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist die Beschäftigung sogar um gut 80.000 zu-

Zahl der Arbeitslosen stieg auf knapp 4,3 Millionen

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Januar auf 4.293.400 gestiegen. Das sind nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit 246.200 mehr als im Dezember 1999. Die Arbeitslosenquote stieg damit binnen Monatsfrist von 10,3 auf 11,0 Prozent.

rückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um knapp 250.000 gestiegen und entspricht damit ebenfalls dem Wert des letzten Jahres. Damit verharrt die Arbeitslosigkeit auf deutlich über 4 Mio. und damit auf einem inakzeptablen hohen Niveau.

Wenn Walter Riester dennoch verkündet, die Zahl der Arbeitslosen würde im Durchschnitt dieses Jahres um rd. 300.000 sinken, dann ist dies ausschließlich auf demographische Veränderungen zurück-

zuführen. Mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung hat das nichts zu tun.

Fulminanter Fehlstart

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen Michael Luther, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Gerhard Schröders Politiksignale sind und bleiben verheerend für den Arbeitsmarkt gerade in Ostdeutschland. Über 19 % Arbeitslosigkeit lassen keine Hoffnung auf Besserung aufkommen. Deutschland droht vielmehr eine dauerhafte Spaltung. Die viel gepriesene neue Schwerpunktsetzung der rot-grünen Bundesregierung greift nicht. Immerhin 7 Mrd. DM hat sie für die aktive Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Aber wo sind sie geblieben? Deutschland braucht endlich einen Kurswechsel, eine Politik, die den ersten Arbeitsmarkt fördert und dadurch Arbeitsplätze schafft. Gerade in Ostdeutschland müssen Prioritäten gesetzt werden: Infrastrukturinvestitionen, Straßen- und Schienenwegeausbau und klare Akzente in der Wirtschaftsförderung. Nur so entstehen neue Arbeitsplätze.

Die bisherigen Bemühungen sind gescheitert

Der CDU-Wirtschaftsexperte Friedhelm Ost hat die neuen Arbeitsmarktzahlen als Scheitern der bisherigen Bemühungen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewertet.

Die Zahl der Arbeitslosen könne nur mit durchgreifenden Maßnahmen zur Flexibilisierung aller Bedingungen auf dem Arbeits-

markt verringert werden. Nur kräftige Entlastungen der Arbeitnehmer und Unternehmen führten zu neuen Arbeitsplätzen. Die dafür erforderliche Politik der Regierung sei aber „zu zögerlich und unzulänglich“. Das Bündnis für Arbeit bezeichnete Ost als „Show-Veranstaltung“, die keine positiven Effekte für mehr Arbeitsplätze gebracht habe.

DAG: Geringe konjunkturelle Impulse

Geringe konjunkturelle Impulse haben nach Auffassung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) den Arbeitsmarkt zum Jahresbeginn auf der Stelle treten lassen.

„Die über den Erwartungen liegende Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt, dass die konjunkturelle Belebung in ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt nicht überschätzt werden darf“, sagte die stellvertretende DAG-Vorsitzende Ursula Konitzer in Hamburg. Die Konjunktur sei keineswegs so robust, wie das die Währungshüter der Europäischen Zentralbank mit ihrer ungeRechtfertigten Zinsanhebung der vergangenen Woche Glauben machen wollten.

Anlass zur Sorge gibt nach Ansicht der DAG weiterhin die sich zwischen West- und Ostdeutschland vergrößernde Kluft. Im Gegensatz zu den westlichen überschreite in den östlichen Bundesländern die Arbeitslosigkeit nach wie vor das Vorjahresniveau. Der ins Stocken geratene Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft müsse durch verstärkte Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur gefördert werden, forderte Frau Konitzer.

Nur den Stillstand erreicht

Zu den neuen Arbeitslosenzahlen erklärt der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Johannes Singhammer:

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen um fast 250.000 im Januar 1999 ist alles andere als Anlass für rot-grüne Freudensprünge. Saisonale Schwankungen eingerechnet, zeigt der Ein-Jahres-Vergleich nämlich, dass die von der Union mittels Reformen eingeleitete Trendwende durch rot-grüne Wirtschaftspolitik immer mehr gebremst wird.

Von Januar 1998 sank die Zahl der Arbeitslosen bis Januar 1999 noch kräftig um ca. 370.000. Die Reformen der unionsgeführten Vorgängerregierung zeigten ab Mai 1998 auf dem Arbeitsmarkt Wirkung.

Von Januar 1999 bis Januar 2000 dagegen verlangsamte sich der Abbau der Arbeitslosen auf ca. 250.000. Das Gegenteil von rot-grünen Versprechungen.

Rechnet man die von allen Experten zugrunde gelegten 200.000 Arbeitslose ab, die zwangsläufig aus demographischen Gründen die Statistik der Arbeitslosen senken muss, so wird der Stillstand auf dem Arbeitsmarkt deutlich.

Entscheidend für die Einnahmen der Sozialkassen und des Finanzamts bleibt, dass im November 1999 rund 60.000 Erwerbstätige weniger als im November 1998 zu verzeichnen sind.

CDU-Sieg in Hanau

Oberbürgermeisterin Margret Härtel (CDU) bleibt für die nächsten sechs Jahre Chefin der 88.000 Einwohner großen Industriestadt Hanau. Frau Härtel siegte am letzten Sonntag mit einem Stimmenanteil von 50,8 Prozent. Ihr Gegenkandidat von der SPD, der 40 Jahre alte Hanauer Stadtkämmerer Claus Kaminski, erreichte 49,2 Prozent. Härtel hatte – wie auch ihr Herausforderer – bewusst auf eine Persönlichkeitswahl gesetzt und jedenfalls auf ihren Wahlkampflakaten ohne Parteizugehörigkeit geworben.

Deutschland würde auch sehr schnell die Fähigkeit zur technologischen Hilfe verlieren

Zum Gespräch von Bundeskanzler Schröder mit den Konzernchefs der Energieversorgungsunternehmen zum Ausstieg aus der Atomenergie erklärte der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble:

Die CDU wird im Einvernehmen mit allen Ministerpräsidenten von CDU und CSU einem Gesetz zur Regelung des Ausstiegs aus der friedlichen Nutzung der Atomenergie weder im Bundestag noch im Bundesrat zustimmen. Energiepolitik muß heute weltweit gedacht und gemacht werden.

Deshalb lehnen wir nationale Alleingänge ab. Daran ändert auch ein möglicher fauler Kompromiss zwischen Rot-Grün und den Energieunternehmen über Restlaufzeiten nichts. Die gravierenden volkswirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Ausstiegs aus der Kernenergie werden nicht bedacht:

1. Der Ausstieg aus der Kernenergie im nationalen Alleingang treibt Deutschland in die technologische Isolation. Das bedeutet den Verlust von vielen zehntausend hochqualifizierten zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Keine andere führende Industrienation plant den Ausstieg aus der Kernenergie. Der nationale Alleingang ist nicht nur europapolitisch schädlich. Die Verlässlichkeit Deutschlands und deutscher Unternehmen bei der Erforschung und Produktion von Spitzentechnologie gerät in Gefahr.

2. Der Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie führt zu einer deutlichen Erhöhung der CO₂-Belastung in Deutsch-

land. Wir könnten die innerhalb der EU und international vereinbarten Klimaschutzziele nicht einhalten und verlören international an Glaubwürdigkeit.

3. Die Importabhängigkeit Deutschlands bei der Energieversorgung wird größer. Die Kernenergie liefert zur Zeit über 60 % des gerade für die Industrieproduktion benötigten Grundlaststroms. Die entstehende Lücke dürfte vor allem durch verstärkten Stromimport aus ausländischen

Es kommt nicht in Frage, dass die Produktion von Atomstrom aus sicheren deutschen Kraftwerken ins Ausland verlagert wird.

Kernkraftwerken, die an unseren Grenzen oder in Osteuropa stehen, geschlossen werden. Eine Abschottung des deutschen Marktes vor Atomstrom ist im europäischen Binnenmarkt und angesichts der geplanten Osterweiterung der EU nicht möglich. Deutschland würde lediglich die Produktion von Atomstrom aus sicheren deutschen Kraftwerken in das Ausland verlagern, in denen die Sicherheitsstandards in der Regel das deutsche Niveau nicht erreichen. Schon heute verweigert die Bundesregierung den osteuropäischen Staaten die notwendige finanzielle Unterstützung. Nach einem Ausstieg aus der Kernenergie würde Deutschland auch sehr schnell die Fähigkeit zur technologischen Hilfe verlieren.

Rot-Grün gefährdet den Technologie-Standort Deutschland

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und die Berichterstatter zum Transrapid, Georg Brunnhuber und Wolfgang Börsen erklärten zum Aus für die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin:

Die Entscheidung gegen den Bau der Transrapid-Verbindung Hamburg – Berlin ist falsch und schädlich für den Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Aussicht auf viele neue Arbeitsplätze ist zerstört, viele bereits vorhandene Arbeitsplätze werden vernichtet.

Während Bundeskanzler Schröder für Panzerlieferungen eine Koalitionskrise riskiert, rührt er für die Anwendung des Transrapid keinen Finger. Das ist die widersprüchliche Politik von Rot-Grün, mit der Deutschland im weltweiten Wettbewerb um High-Tech-Arbeitsplätze ins Abseits gestellt wird.

Die Transrapid-Verbindung Hamburg – Berlin wäre ökonomisch und technisch machbar, die ökologischen Vorteile dieser Technik sind unbestritten. Anderslautende Aussagen sind unredlich, denn sie beruhen auf simplen, im Ansatz schon falschen Milchmädchen-Rechnungen. Die von den Grünen und jetzt auch von Bahnchef Mehdorn angepriesene Alternative eines ICE-Hochgeschwindigkeitsverkehrs auf der vorhandenen Trasse mit angeblich nur geringen Ausbaurkosten ist im wahrsten Sinn des Wortes „billig“. Die Vorstellung, dass ICE-Züge demnächst im Halbstundentakt mit mehr als 250 km/h durch die Ortschaften donnern, mit dieser Geschwindigkeit über mehr als 60 Bahnübergänge rasen sollen, ist angesichts der schrecklichen Unfälle von Eschede und jetzt Brühl mit ihren katastrophalen Auswirkungen mehr als abenteuerlich.

Das Gefährdungsrisiko, das von den Hochgeschwindigkeitsdurchfahrten durch die Ortschaften mit den vielen Bahnübergängen ausgeht, ist unbeherrschbar. Die neuen Belastungen für die Bewohner der Ortschaften an dieser Strecke aus Lärm und erheblichem Mehrverkehr sind unzumutbar. Völlig offen ist zudem, wie gleichzeitig dann noch Regional- und Güterverkehr mit wachsendem Aufkommen auf den vorhandenen Gleisen fahren sollen. Der Transrapid mit seiner Trasse abseits dieser Orte hätte eine wesentliche Entlastung ge-

Die japanische Konkurrenz schläft nicht, sondern ist bereit, die Lücke zu füllen.

bracht. Die Bürger können sich insbesondere bei den Grünen dafür bedanken, dass sie statt Entlastung erhebliche zusätzliche Umweltbelastungen bekommen werden.

Die heutige kurzsichtige rot-grüne Verkehrs- und Wirtschaftspolitik liefert ein wahrlich makabres Resultat. Sie macht eine hoffnungsvolle Entwicklung kaputt, die ein SPD-Verkehrsminister Leber seinerzeit begonnen hatte, um über die ausgereizte Schienentechnologie hinaus ein bodengestütztes Verkehrssystem zu schaffen, das das Flugzeug im kontinentalen Bereich auf längere Sicht ersetzen kann. Dies allerdings scheint auch dem bisherigen Flugzeugbauer Mehdorn immer noch ein Dorn im Auge zu sein, selbst wenn er jetzt die Seiten gewechselt hat. Er wird noch erheblich umdenken müssen!

Alternativen für die Anwendung der Magnetschwebetechnik in Deutschland sind angesichts der denkbaren Verbindungen und des hohen Zeitbedarfs völlig neuer

Die Sicherheit muss weiterhin ganz vorne stehen

Zum Bahnunfall in Brühl bei Köln erklärte Dirk Fischer, der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit großer Betroffenheit haben wir den schweren Bahnunfall im Bahnhof Brühl zur Kenntnis genommen. Zu frisch sind noch die Erinnerungen an das schreckliche Ereignis von Eschede. Wir fühlen mit aufrichtiger Anteilnahme mit den Angehörigen der Toten. Wir wünschen den Verletzten eine baldige und vollständige Genesung. Dieser neuerliche Unfall ist aber auch

eine deutliche Mahnung an das Management der DB AG, bei allen Bemühungen um eine erfolgreiche Umsetzung der unternehmerischen Ziele im Rahmen der Bahnreform das Wohlergehen ihrer Kunden nicht aus den Augen zu verlieren. Sicherheit muss weiterhin Priorität haben, selbst wenn der Druck zu mehr Wirtschaftlichkeit und Produktivität zu innerbetrieblicher Rationalisierung zwingt. Wir werden die Verantwortlichen, Verkehrsminister Klimmt und Bahnchef Mehdorn, hier in die Verantwortung nehmen.

Planverfahren unrealistisch. Die japanische Konkurrenz schläft nicht, sie freut sich über jeden Zeitverzug beim Transrapid, der den Abstand zu ihrer eigenen Entwicklung verringert. Und sie steht schon in den Startlöchern, die Lücke, die ein Stopp des Transrapid schafft, zu füllen. Der Industrie wird nach dieser politischen Fehlleistung der rot-grünen Koalition letztlich nichts anderes übrig bleiben, als ihr Patent für die Transrapid-Technologie ins Ausland zu verkaufen und die Vermarktung anderen zu überlassen. Einziger Ausweg ist: Schluss mit dieser innovati- onsfreundlichen Politik von Rot-Grün!

Chancen endgültig verpasst

Anlässlich der Absage an die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin erklärte die Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Verkehrsforschung im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung, Bärbel Sothmann:

Nun ist der Skandal perfekt. Nach mehr als 30 Jahren Planungs- und Entwicklungs-

zeit haben Bundesregierung, Bahn AG und das Transrapid-Konsortium das endgültige Aus für die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin besiegelt. Der Wegfall dieser Referenzstrecke, auf der wir spätestens bis 2005 der Welt unsere Technologieführerschaft in Sachen Magnetschwebbahntechnik hätten beweisen können, ist in jeder Hinsicht eine Katastrophe.

Wir verspielen damit unseren weltweiten Entwicklungsvorsprung, unsere Exportchancen auf dem Weltmarkt und – besonders im Vorfeld der Weltausstellung Expo 2000 – unseren guten Ruf als Hochtechnologie-Standort.

Wir verschenken Tausende von neuen Arbeitsplätzen in Norddeutschland und riskieren die Sicherheit von mehreren hundert Arbeitsplätzen in Hessen.

Wir verzichten auf eine umweltfreundliche Alternative zu Kurzstreckenflügen zwischen Hamburg und Berlin.

Wir setzen alle bisherigen Entwicklungskosten in den Sand und müssen uns auf Schadensersatzforderungen einstellen. ■

Mehr Wettbewerb bremst weiteren Anstieg der Entsorgungskosten

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill, und der Staatssekretär des thüringischen Umweltministeriums, Stephan Illert, haben Thesen zur Zukunft der Abfallpolitik vorgestellt:

● Die Abfallpolitik der Zukunft wird maßgeblich von der Europäischen Union bestimmt, daher muss das deutsche Engagement auf allen Ebenen (Parlament, Regierung, gesellschaftliche Gruppen) der europäischen Meinungsbildung, der Entscheidungsvorbereitung und der Regulierung verstärkt werden.

● Die Gesetzgebung in Deutschland zur Sicherung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Kreislauf- und Abfallwirtschaft soll zwar richtungsweisend fortentwickelt und auf die besonderen Verhältnisse in unserem Land abgestellt werden, sie darf sich aber nicht von der Entwicklung in Europa abkoppeln.

● EU-Richtlinien sollten ohne Zeitverzug ins deutsche Recht umgesetzt werden, um langwierige Vertragsverletzungsverfahren mit der Europäischen Kommission zu vermeiden; sie schädigen das deutsche Ansehen und verhindern eine einheitliche Rechtslage in Europa.

● Der bisher schon erreichte hohe Rang der Abfallverwertung und die in vielen Bereichen gemeinsam wahrgenommene Verantwortung von Herstellern, Vertriebern, Verbrauchern und Abfallentsorgern für eine zweckmäßige Verwertung sowie eine ausreichende Vorbehandlung der unvermeidbaren Abfälle und eine verantwortbare Restabfallbeseitigung in Deutschland sollen weiter ausgebaut werden. Dabei ist Anreizregelungen Vorrang vor Verboten

und Genehmigungsvorbehalten einzuräumen. Freiwillige Kooperationen zwischen Entsorgungspflichtigen und Anlagenbetreibern sind zu fördern. Durch mehr Wettbewerb auf einem für alle Entsorgungsbetriebe offenen Abfallmarkt ist ein weiterer Anstieg der Entsorgungskosten zu vermeiden.

● Die notwendigen ökologischen Maßstäbe müssen mit der zentralen Aufgabenstellung gleichzeitiger Kostenminimierung bei Investition und Anlagenbetrieb durchgesetzt werden. Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Verantwortung der Kommunen für die Abfallentsorgung müssen Kostenaspekte als mitentscheidende Faktoren besonders beachtet werden.

● Bund, Länder und Kommunen sollen eine Strategie zur Stilllegung der nicht zukunftsfähigen Abfallbehandlungs- und Abfallbeseitigungsanlagen entwickeln. Mittel- und langfristig kann insbesondere auf Sonderabfalldeponien und auf Deponien für nicht vermarktungsfähige Reststoffe nicht verzichtet werden. Es müssen dafür geeignete Deponien in sinnvoller räumlicher Verteilung und mit ausreichendem Sicherheitsstandard vorgehalten werden. Diese dürfen nach menschlichem Ermessen weder Gefahren für künftige Generationen noch kostenträchtige Nachsorgemaßnahmen erwarten lassen.

● Zur Vorbehandlung unvermeid- und unverwertbarer Abfälle sind grundsätzlich alle chemischen, mechanischen, biologischen und thermischen Verfahren geeignet, die alleine oder in Kombination für die Deponierung geeignete Restabfälle erzeugen. Dabei sollten die Verfahren vorrangig eingesetzt werden, deren Reststoffe mittelfristig als vermarktungsfähig angesehen werden. Die Umweltschutzanfor-

Sofortiger Waffenstillstand in Tschetschenien

Zum Krieg in Tschetschenien erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Menschenrechte der CDU, Hermann Gröhe:

Nach dem Ende der Kämpfe um Grosnyj häufen sich die Berichte über Vergewaltigungen, Plünderungen und Erschießungen von Zivilisten durch russische Soldaten und Söldner in Tschetschenien. Die CDU Deutschlands fordert die russische Regierung auf, diese brutalen Menschenrechtsverletzungen sofort abzustellen. Die blutigen Kämpfe in Tschetschenien, die Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung und die systematische Zerstörung von Dörfern müssen sofort aufhören. Die CDU Deutschlands fordert die russische Regierung auf, ihre Angriffe in den Bergregionen Südschetscheniens unverzüglich einzustellen, den sich zurückziehenden tschetschenischen Kämpfern einen Waffenstillstand anzubieten und

Verhandlungen mit dem demokratisch gewählten Präsidenten Tschetscheniens, Aslan Maschadow, aufzunehmen. Internationale Hilfsorganisationen, OSZE-Beobachter und die internationale Presse müssen umgehend ungehinderten Zugang zum Krisengebiet erhalten.

Es muss alles getan werden, damit sich die Kämpfe nun nicht in den Bergen fortsetzen und in dem Konflikt, der bereits viele tausend Tote und Hunderttausende Vertriebene gekostet hat, endlich eine politische Lösung gefunden wird. Die CDU fordert die Vereinten Nationen und die Europäische Union auf, sich in intensiven Gesprächen mit der russischen Führung für ein Ende der Kämpfe und den Schutz der Zivilbevölkerung einzusetzen. Sollte sich Russland weiter jedem Appell zu einer sofortigen Einstellung der Angriffe verweigern, muss die internationale Staatengemeinschaft klare Konsequenzen ziehen.

derungen an die verschiedenen Behandlungsverfahren müssen vergleichbar sein. Alle naturwissenschaftlich nicht belegbaren Vorbehalte sollten abgebaut werden.

● Zur künftigen Ausgestaltung der Produktverantwortung der Hersteller für abfall-optimierte Produkte ist eine bessere Abstimmung insbesondere von Umwelt-, Steuer- und Kartellrecht erforderlich.

● Um den Vollzug des geltenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts zu vereinfachen und um eine einheitliche Anwendung unter Berücksichtigung des europäischen Abfallrechts sicherzustellen, muss die Bundesregierung kurzfristig entsprechende Verwaltungsvorschriften erlassen. Insbesondere die Abgrenzung von

Produkt und Abfall sowie von Abfallbeseitigung und Abfallverwertung sind vorrangig klarzustellen.

● Der Vorrang höherwertiger Verwertungsverfahren gegenüber solchen Verfahren, die nur eine unzureichende Verwertung ermöglichen, ist durch geeignete rechtliche Regelungen sicherzustellen. Die Bundesregierung sollte von den Verordnungsermächtigungen des § 7 KrW-/AbfG unbedingt Gebrauch machen, um klare Signale zu setzen.

● Die Zulässigkeit des Bergversatzes mit dafür geeigneten Abfallstoffen ist möglichst schnell europarechtlich zu klären und gegenüber Untertagedeponien als Abfallbeseitigungsanlagen deutlich abzugrenzen. ■

RENTENZAHLUNG**Aktion stoppen!**

Wie ein geheimes Unternehmen hat die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Auszahlungsver-schiebung der Renten von Kunden der Großbanken behandelt. Weder die betroffenen Rentner noch das zuständige Bundesarbeitsministerium wurden vorher informiert. Die Auszahlung der Renten zum 1. eines Monats mag ja rechtens sein. Aber die Geheimnisteuer zeigt ganz deutlich: Die Verantwortlichen der Rentenversicherung hatten dabei zu Recht ein schlechtes Gewissen.

Im Kern geht es darum, auf Kosten der Rentner Zinsgewinne von 16 Millionen Mark zu erzielen. Und das ist wörtlich zu nehmen. Denn der verspätete Eingang der Renten dürfte viele Konten von Senioren ins Minus bringen – und das bedeutet dann erhebliche Überziehungszinsen. Das wissen natürlich auch die Verantwortlichen. Sie berufen sich auf den Bundesrechnungshof, der die BfA ermahnt habe, mögliche Zinsgewinne zu realisieren. Hier sind Pfennigfuchser am Werk, denen die soziale Verantwortung für die Rentner offenbar weitgehend abhanden gekommen ist.

Was muss geschehen? Bundesarbeitsminister Riester muss dafür sorgen, dass

die Aktion sofort gestoppt wird. Notfalls müssen dafür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Denn nur wenn die Rente am Ende des Monats auf dem Konto ist, können viele Rentner ihren Verpflichtungen ohne zusätzliche Zinskosten nachkommen – von der Miete bis zur Versicherungsprämie.

**Neue Osnabrücker
Zeitung**

Miese Tour

Die Rentenversicherer haben in diesen Tagen beängstigend brutal bewiesen, wie dreist und bürgerfern viele Behörden in Deutschland immer noch arbeiten. Ohne Vorwarnung verschoben sie den gewohnten Auszahlungstermin der Renten um ein bis zwei Tage nach hinten.

Ihr Ziel, Zinsen für die Rentenkassen zu sichern, ist löblich. Denn auch die Rentenversicherer müssen wirtschaftlich arbeiten. Aber in den Monaten der Vorbereitung haben die Bürokraten offenkundig keine Sekunde an ihre Kunden gedacht.

Dabei muss eines noch mal ganz deutlich gesagt werden: Rentner in Deutschland sind keine Almosenempfänger. Sie bekommen einen Gegenwert für hart erarbeitete, lebenslange Beitragszahlungen. Weil aber die Renten oft genug nicht

übermäßig hoch sind, können Daueraufträge für Miete, Strom, Versicherungen ganz schnell das Girokonto ins Minus drücken, wenn die Überweisung der Rentenkasse überraschend auf sich warten lässt. Die Zeche zahlen verunsicherte Rentner mit Überziehungszinsen.

**Rheinische Post
KERNENERGIE**

Mühsam

Man könnte es einen Konflikt zwischen der politischen und der unternehmerischen Kultur nennen: auf der einen Seite die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, die sich ihren Wählern gegenüber zum Ausstieg aus der Kernenergienutzung verpflichtet haben und ihn nun unter Berufung auf den Primat der Politik auch durchsetzen wollen, und auf der anderen die Vorstände der Stromkonzerne, die die Interessen ihrer Besitzer, der Aktionäre, wahren müssen und dafür haften, wenn sie finanzielle Schäden bewusst in Kauf nehmen. Diese unterschiedlichen Beweggründe machen die Konsensuche zu einem mühsamen Geschäft, zu dem es freilich keine vernünftige Alternative gibt: Eine „Lösung“ im Dissens würde nicht nur einen erbitterten Schadenersatzprozess auslösen, sondern sich auch verheerend auf

LUFF

aus: Stuttgarter Zeitung



„Bin gespannt, wann die Ersten merken, dass wir die Steuern verdoppelt und die Renten halbiert haben!“

das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft insgesamt auswirken.

General-Anzeiger

ARBEITSMARKT

Schönfärberei

Optimismus gehört zum politischen Geschäft, doch wenn Bundesarbeitsminister Walter Riester die neuesten Arbeitslosenzahlen allen Ernstes als positive Entwicklung kommentiert, sind die Grenzen zur

Schönfärberei überschritten. Die Arbeitslosenzahl lag im Januar zwar um 162.000 niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres, doch die rot-grüne Koalition kann dies kaum als Erfolg verbuchen. Das zeigt schon ein Blick auf den Vergleichszeitraum, der noch weitgehend in die Verantwortung der Vorgängerregierung fiel. Zwischen Januar 1998 und Januar 1999 sank die Arbeitslosenzahl um 386.000, also mehr

als doppelt so stark. Darin zeigten sich auch die positiven Wirkungen einiger unbequemer Reformansätze der alten Regierung (etwa bei Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz), die nach dem Machtwechsel jedoch mutwillig zerstört wurden.

Im Ergebnis hat die rot-grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik den Abbau der Arbeitslosigkeit seither eher verlangsamt.

Rheinische Post

Ablehnung von Fixerstuben durch Bundesrat ist sachgerecht

Zum Bundesratsbeschluss zum Betäubungsmittelgesetz erklärte der Drogenpolitische Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hubert Hüppe:

Die Ablehnung der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes durch den Bundesrat ist begrüßenswert. Insbesondere unter Berücksichtigung der einhelligen Ablehnung des Gesetzentwurfs durch alle Sachverständigen bei der Anhörung des Gesundheitsausschusses zu Fixerstuben ist die heutige Entscheidung nur folgerichtig und sachgerecht.

Wenn nun die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss anruft, so bietet dies die Chance, die beiden Bestandteile des Gesetzes – die Qualitätssicherung der Methadonsubstitution und die Legalisierung von Fixerstuben – zu entflechten.

Die Neuregelung der Substitution wurde auch von der CDU/CSU befürwortet, um die Probleme der Methadonabgabe in den Griff zu bekommen. Die dramatische Zunahme der Drogentoten im Zusammenhang mit Methadon, der Methadon-Schwarzmarkt und die Defizite in der psychosozialen Betreuung machen neue Regelungen notwendig.

Die Legalisierung von Fixerstuben hingegen ist weiterhin abzulehnen. Schließlich hatten die Sachverständigen – selbst die von der Koalition benannten – den Gesetzentwurf in der Anhörung des Gesundheitsausschusses im November 1999 einhellig abgelehnt.

Eine Zustimmung des Bundesrates hätte aufgrund der vage formulierten, erst von den einzelnen Bundesländern auszufüllenden „Mindeststandards“ für Fixerstuben Rechtsuneinheitlichkeit und einen drogenpolitischen Flickenteppich zur Folge gehabt.

Die von der Bundesregierung vorgesehenen „Mindeststandards“ schlossen weder den Besuch von Minderjährigen oder Schwangeren noch von Methadonpatienten in Fixerstuben aus. Sogar die frühere Einschränkung auf intravenösen Drogenkonsum war ersatzlos aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden. Nach dem Willen der rot-grünen Bundesregierung hätten in Drogenkonsumräumen nun beliebige Drogen in jeder Form konsumiert werden können. Dies wäre ein besonders verhängnisvolles Signal für die Drogenprävention gewesen.

Bereits die hohen Kosten von mindestens 600.000 DM pro Fixerstube und Jahr würden zu drastischen Einschnitten in wichtigen Bereichen der kommunalen Drogenhilfe führen.

Die Union setzt weiter auf differenzierte Hilfen. Wer Drogensucht als Krankheit begreift, muss die Wege aus der Sucht – vom niedrighwelligen Bereich bis zur qualifizierten Therapie und Rehabilitation – ausbauen. Anstelle suchterhaltener Maßnahmen muss das Ziel die Heilung der Drogensucht bleiben, auch wenn dies schwieriger und weniger medienwirksam ist.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Der staatliche Bau von Haftanstalten dauert zu lange

Das Land Hessen wird die dringend benötigte 17. Justizvollzugsanstalt des Landes privat planen und bauen und auch zu einem ganz erheblichen Teil privat betreiben. Das hat der hessische Justizminister Christean Wagner mitgeteilt.

Nach der Prüfung der rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen habe sich die Landesregierung zur Errichtung einer teilprivatisierten Anstalt der Sicherheitsstufe II (Freiheitsstrafen bis zu höchstens vier Jahren) mit rund 500 Haftplätzen und 230 Beschäftigten am Standort Schlüchtern entschlossen. Dort befindet sich ein ausreichend großes Gelände im Landeseigentum. Ein rechtskräftiger Bebauungsplan sieht dort ausdrücklich die Nutzung als Justizvollzugsanstalt vor.

Wagner stellte in Wiesbaden die Ergebnisse der von ihm eingesetzten Arbeitsgruppe „Modellprojekt zur Privatisierung im Strafvollzug“ vor. „Ich freue mich darüber, dass wir dem Ziel, rasch und auch kostengünstiger die neue Anstalt zu bauen und zu betreiben, heute ein großes Stück näher gekommen sind“, erklärte Wagner und dankte der Arbeitsgruppe für ihre umfangreiche Arbeit in den vergangenen sieben Monaten. Und weiter: „Nachdem wir trotz der seit Jahren bekannten Überbelegung keinerlei Vorarbeiten für eine neue Haftanstalt bei Regierungsübernahme vorgefunden haben, sind wir jetzt einen großen Schritt zur Schaffung neuer Haftplätze gegangen“. Zeitgleich hat das Justizministerium die so genannte notwendige „Programmunterlage Bau“ für eine Justizvollzugsanstalt, erarbeitet. „Arbeitsgruppe und Ministerium haben parallel an dem Plan der Haftanstalt gearbeitet, so dass es zu keinerlei zeitlichen Verzögerungen gekommen ist“, sagte Wagner weiter.

Wagner verwies darauf, dass nach den bisherigen Erfahrungen der staatliche Bau von Haftanstalten zu lange dauere. So habe die Errichtung der JVA Weiterstadt, auch ohne die durch das Bombenattentat verursachte Schäden, rund 13 Jahre gedauert, selbst bei optimalen Voraussetzungen müsse mit rund 6 bis 8 Jahren gerechnet werden. Eine in Mecklenburg-Vorpommern privat errichtete (aber nicht privat betriebene) Haftanstalt sei in gut 3 Jahren gebaut worden. In Hessen geht Wagner davon aus, dass die neue Haftanstalt schon Ende 2004 in Betrieb gehen kann. „Dies wäre eine ungewöhnlich kurze Zeit“, meinte Wagner.

Hessen startet Projekt zur privaten Planung und Errichtung sowie zum teilprivatisierten Betrieb einer neuen Justizvollzugsanstalt.

Auch hätten Erfahrungen aus dem Ausland gezeigt, dass dort die Einsparungen bei privater Errichtung etwa 25 Prozent der sonst üblichen Baukosten betragen würden. Vergleiche in Frankreich und Großbritannien sprächen zudem davon, dass bei gleichem Standard der Dienstleistungen die Betriebskosten bei zumindest teilweise privat geführten Anstalten zwischen 10 und 15 Prozent niedriger lägen als bei staatlichem Betrieb. „Bei einer Informationsreise nach Frankreich haben wir feststellen können, dass das Angebot der privaten Dienstleister nicht schlechter als bei staatlichem Betrieb ist“, sagte Wagner weiter. Im Oktober 1999 hatten hessische Abgeordnete und Journalisten zwei teilprivatisierte französische Haftanstalten besucht. ■

Telefax 02226/802-183



Bestellschein

Union Betriebs-GmbH
Postfach 11 90
53348 Rheinbach

Ja, ich möchte den UiD abonnieren:

_____ Expl. **Union in Deutschland**
Informationsdienst der CDU Deutschlands
Erscheinungsweise: 40 Ausgaben im Jahr, Jahresbezugspreis DM 60,-
inklusive Mehrwertsteuer und Versandkosten

Bitte tragen Sie Ihre Angaben in Druckbuchstaben ein!

Name: _____ Vorname: _____

Straße (Postfach): _____

Postleitzahl/Ort: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Bitte ziehen Sie die Bezugsgebühren jährlich ein über:

Bankinstitut/Ort: _____

Bankleitzahl: _____ Kto.-Nr.: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

**Ich erbitte die Auslieferung nicht an die obige Anschrift.
Bitte liefern Sie in meinem Auftrag an folgende Adresse:**

Name: _____ Vorname: _____

Straße (Postfach): _____

Postleitzahl/Ort: _____



Mehrheiten gewinnen

Handbuch für Wahlkämpfe in den Kommunen

„Mehrheiten gewinnen“

Der erfolgreiche Leitfaden „Mehrheiten gewinnen“ liegt jetzt in einer überarbeiteten 2. Auflage vor. Sein Schwerpunkt liegt auf Planung und Durchführung von Kommunalwahl- und Direktwahlkämpfen in Gemeinden, Städten und Kreisen. Er gibt wertvolle Anregungen für die Analyse der Wahlgebiete, die Planung der Wahlkämpfe und natürlich Tipps für Veranstaltungen und Aktionen. Verbunden mit einer Reihe von Checklisten und Musterbriefen, bietet dieser Leitfaden eine fundierte Basis für die Wahlkämpfe und die CDU-Verbände. Darüber hinaus sind die Veranstaltungsanregungen so angelegt, dass sie auch für die Zeit zwischen den Wahlkämpfen einsetzbar sind. Kurzum dieser Leitfaden gibt Anregungen für eine erfolgreiche CDU-Politik – mitten im Leben – in den Kommunen.

CDU

● Mehrheiten gewinnen – Handbuch für Wahlkämpfe in Kommunen

2. aktualisierte Auflage

Bestell-Nr.: **4548**

Verpackungseinheit: **10 Expl.**

Preis je 10 Expl.: **10,00 DM**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 1190
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Unsere neue Broschüre zur Familienpolitik

● "Projekt 21 – Lust auf Familie"

Bestell-Nr.: **5645**

Verpackungseinheit: **50 Expl.**

Preis je 50 Expl.: **40,00 DM**

Bestellschrift:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



UiD

5/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-1 11/3 33. Vertrieb: Tel. (0 22 26) 8 02-1 23. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.